Briefe zur Transformation

6/2017

movum

Mit großem Grafikposter: WER DAS KLIMA ANHEIZT, HEIZT KONFLIKTE AN

Klimafrieden

THEORIE

„DIE GERINGSCHÄTZUNG DER ZUKUNFT IST DAS GRÖSSTE PROBLEM DER POLITIK“
Interview mit Sigmar Gabriel

DER SCHUTZ DER NATUR – DER SIEBTE PRÄLIMINARARTIKEL ZUM EWIGEN FRIEDEN
Von Michael Müller und Hubert Weiger

PRAXIS

„TRUMP HAT EINE HEILSAME SCHOCKWELLE GESCHICKT“
Interview mit Fidschis Klimabotschafter Inia Seruiratu

BENIN: BÄUME PFLANZEN GEGEN DEN MASSENEXODUS
Von Susanne Götze

Foto: Geralt | Pixabay - www.pixabay.com/--998966

WELTWEITE ENERGIEWENDE ALS FRIEDENSPROJEKT

Von Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer bei Germanwatch

Fossile Energien destabilisieren in zunehmendem Maße diesen Planeten. Zum einen – das ist nicht neu – werden Kriege etwa um Öl und Gas geführt. Zum anderen zeigt sich immer deutlicher die destabilisierende Rolle der fossilen Energien, der Hauptursache des Klimawandels als Risikoverstärker für Konflikte.

Beispiel Syrien: Laut Nasa herrschte in der Region bis 2011 die längste Dürre seit 900 Jahren und die schwerste Dürre seit 500 Jahren. In Syrien verendeten rund 85 Prozent der Herden, 800.000 Bauern verloren ihren Lebensunterhalt, drei Millionen Syrer rutschten in die Armut ab und wanderten in die überbevölkerten Städte. Dort lebten bereits rund eine Million Iraker, die vor dem Krieg im eigenen Land geflohen waren. Im ländlichen Raum Syriens hatte sich lange Unmut wegen der ausbleibenden Landreform aufgestaut. Die Dürre gab den nun ausbrechenden heftigen Protesten eine zusätzliche Dringlichkeit. Die Rebellion wurde vom Assad-Regime mit großer Brutalität niedergeschlagen – so begann der bis heute tobende Krieg.

In der bislang methodisch belastbarsten Studie zum Zusammenhang von Klimawandel und bewaffneten Konflikten hat sich unter Leitung des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung herausgestellt: Klimabedingte Katastrophen erhöhen das Risiko für den Ausbruch bewaffneter Konflikte in Ländern, die einerseits verletzlich gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels und anderseits ethnisch oder sozial zerklüftet sind. Zwischen 1980 und 2010 fielen in solchen Ländern – vor allem in Nord- und Zentralafrika sowie Zentralasien – 23 Prozent der Konfliktausbrüche mit dem Auftreten klimabedingter Katastrophen zusammen. Die globale Klimakrise nicht als alleinige Ursache, aber als Risikoverstärker für den Ausbruch von Konflikten – das wird immer deutlicher.

Foto: Anja Osenberg | Pixabay - www.pixabay.com/--248551

Eine Strategie, die weiter auf fossile Energieträger setzt, untergräbt weltweit menschliche Sicherheit. Vieles spricht für den Abschied von fossilen Energieträgern, für eine Modernisierungsstrategie hin zu Energieeinsparung und erneuerbaren Energien. Doch auch diese ist nicht ohne friedenspolitische Risiken. Beim letzten G7-Gipfel wurde das deutlich, als die britische Regierungschefin Theresa May davon sprach, für ernsthaften Klimaschutz spreche vor allem, dass man sich so von den energiepolitischen Erpressungen Russlands freimachen könne.

Für ein Land wie Russland – inzwischen zum weltgrößten Öl- und Gasexporteur sowie zum fünftgrößten Kohleexporteur aufgestiegen, muss eine solche Aussage wie ein aggressiver Akt klingen. Nein, wer mit Russland oder Saudi-Arabien die notwendige Transformation auch als Friedensprojekt vorantreiben will, der muss auf kooperative Energie-, Wasser- und Klimasicherheit als Schlüssel zu einem neuen Wohlstandsmodell setzen. Im Umgang mit Russland würde das einerseits bedeuten, eine Energieeffizienz-Strategie zu unterstützen, die im Land eine Modernisierung voranbringt. Und anderseits die Exportstrategie des Landes immer stärker auf Gas statt Öl und Kohle zu konzentrieren, das schrittweise in nachhaltiges Biogas oder anderes erneuerbares Gas zum Beispiel aus Ökostrom (Power-to-Gas) transformiert wird.

Eine solche, an der humanitären Sicherheit orientierte Strategie hat das Potenzial, den Sicherheitsbegriff zunehmend zu entmilitarisieren. Nur durch Kooperation und Interessenausgleich – und nicht durch Drohungen und Waffengewalt – lässt sich eine Klimastrategie in die Tat umsetzen, die das Unbewältigbare vermeidet und das Unvermeidbare bewältigt. Ein Menschenrechts-orientierter Ansatz zur Gestaltung der globalen Energiewende und der Anpassung an den Klimawandel unterstützt eine solche Strategie.

Die im Pariser Klimaabkommen vorgesehene Kooperation zwischen Staaten beim Erreichen ihrer abgegebenen Klimaziele kann als außenpolitische Strategie konsequent dafür genutzt werden, um die Frage der Klimasicherheit mit dem Zugang zu nachhaltiger Energie, sauberem Wasser und Nahrung zusammenzudenken. So verstanden, bedeutet mehr Klimaschutz dann auch mehr humanitäre Sicherheit und weniger militärische Konflikte.

DREI FRAGEN ZUM KLIMAFRIEDEN

Welche Gefahr geht von den Folgen des Klimawandels für den Weltfrieden aus?

Die Forschung hat uns die direkten Folgen des menschengemachten Klimawandels eindringlich vor Augen geführt. Frieden und Sicherheit sind durch den Klimawandel außerdem gefährdet, weil er als „Risiko-Multiplikator“ bereits bestehende Probleme verstärkt und die Existenzgrundlagen der Menschen vor allem in den armen Ländern bedroht. Dürren, Flucht und Verteilungskämpfe werden Konflikte verursachen, die die Welt erschüttern und letztendlich auch vor den entwickelten Ländern nicht Halt machen werden.

Um dem etwas entgegenzusetzen, müssen wir die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad, möglichst auf 1,5 Grad, begrenzen. Das ist eine zentrale Herausforderung der Staatengemeinschaft im 21. Jahrhundert und eine zwingende Voraussetzung für Frieden. Damit würden wir im Übrigen nicht nur die Klimafolgen vermindern, sondern im Zuge einer konsequenten globalen Energiewende auch das geopolitische Konfliktpotenzial verkleinern.

Karsten Sach ist Verhandlungsleiter der deutschen Delegation für die internationalen Klimaverhandlungen.

Hat der Weltklimavertrag von Paris die internationale Zusammenarbeit verändert?

Nach dem Scheitern der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 hatten viele nicht mehr an die Möglichkeit eines multilateralen Klimaschutzabkommens geglaubt. Mit dem Pariser Übereinkommen hat die Klimapolitik in einer Zeit, in der die Welt und die EU einer Vielzahl internationaler Krisen gegenüberstehen, ein starkes Zeichen für die Wirksamkeit internationaler Kooperation gesetzt.

Das Abkommen stellt eine Art Grundgesetz für den Klimaschutz dar. Es gibt der Weltgemeinschaft Orientierung durch ein gemeinsames, verbindliches Ziel. Und es legt internationale Prinzipien für die Umsetzung fest. Eine Reihe von Staaten, darunter Deutschland mit dem „Klimaschutzplan 2050“, haben bereits damit begonnen, diesen Prinzipien Folge zu leisten.

Mit den bisherigen Zusagen der Staaten steuern wir auf bis zu vier Grad durchschnittliche Erwärmung zu. Was muss passieren, um das noch zu verhindern?

Es wird jetzt darum gehen, dass die Mechanismen des Paris-Abkommens ihre volle Wirkung entfalten: Die Staaten müssen das, was sie versprochen haben, in die Tat umsetzen und ihre Ziele regelmäßig anheben.

Wichtig ist jetzt, dass die nationalen Maßnahmen und Ziele einer internationalen Aufsicht unterworfen werden. Mithilfe eines Transparenzsystems und eines Überprüfungsmechanismus, deren Details momentan ausverhandelt werden, wird so der Staatengemeinschaft und Zivilgesellschaft ermöglicht, auf fundierter Grundlage Druck auf die Nachzügler auszuüben. Bereits nächstes Jahr wird ein erster Probelauf für eine Bestandsaufnahme stattfinden, die im Fünf-Jahres-Rhythmus dazu beitragen soll, die Ambition zu steigern.

Wichtig ist weiterhin die Unterstützung für Entwicklungsländer, sodass diese Länder Anreize und die nötige Kompetenz für eine klimafreundliche Entwicklung erhalten. Dazu wird eine von Entwicklungs- und Umweltministerium gemeinsam angestoßene Partnerschaft beitragen.

Der jüngste Bericht des Weltklimarates IPCC von 2014 stellt fest, dass der Klimawandel schon heute bestehende Risiken verstärkt und neue Risiken hervorruft. Situationen akuter Unsicherheit, wie Hunger, Konflikte und soziopolitische Instabilität, gehen fast immer aus einem Zusammenwirken vieler Faktoren hervor, der Klimawandel wirkt dabei als Risikoverstärker.

Der Klimawandel bedroht die menschliche Sicherheit, weil er Existenzgrundlagen untergräbt, kulturelle und individuelle Identität beeinträchtigt und Migrationsbewegungen verstärkt. Je schneller und stärker der Klimawandel, desto größer das Risiko schwerwiegender, weit verbreiteter und auch unumkehrbarer Schäden. Die Risiken sind ungleich verteilt: Sozial und wirtschaftlich benachteiligte Menschen wird es überall in der Welt härter treffen.

Der Klimawandel könnte auch die Rivalität von Ländern um gemeinsam genutzte Ressourcen steigern. Beispiele sind die Arktis, wenn dort durch das Schmelzen von Eis der Zugang zu Gas- und Erdölvorkommen frei wird, oder Trockenregionen, wo die Konkurrenz um das knapper werdende Wasser zunimmt. Die Wissenschaft ist sich jedoch einig, dass die Institutionen, die heute den Zugang zu solchen Ressourcen verwalten, in der Lage wären, solche Konflikte zu mildern und Kriege zu verhindern.

Das Pariser Übereinkommen ist ein Durchbruch für die Klimapolitik und ein großer Erfolg für die Forschungspolitik: Die Erkenntnisse der internationalen Klimaforschung, die durch den Weltklimarat IPCC in seinem aktuellen Fünften Sachstandsbericht von 2014 zusammengefasst wurden, fanden völkerrechtliche Anerkennung.

Es geht jetzt darum, die in Paris beschlossene Wende zu gestalten. Die kommenden Berichte des IPCC, darunter die Sonderberichte zu 1,5 Grad globaler Erwärmung, zur Landnutzung, zu Ozeanen und Eisgebieten, werden grundlegende Informationen für Entscheidungen liefern, um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel zukunftsfähig und nachhaltig gestalten zu können.

Treibhausgase bleiben zum großen Teil in der Atmosphäre, wo sie zur Erwärmung des Klimas beitragen. Um diese Erwärmung zu begrenzen, müssen die Emissionen also letztlich auf null sinken: Unser Budget ist begrenzt.

Je anspruchsvoller das Temperaturziel ist, desto geringer ist dieses Budget. Laut IPCC werden wir das Budget für zwei Grad Erwärmung mit den jetzigen Emissionsraten innerhalb von wenigen Jahrzehnten aufbrauchen. Für 1,5 Grad ist das Budget noch kleiner, es bleiben nur wenige Jahre, um die Pariser Klimaziele einzuhalten.

Das ist ein starker Ansporn für den raschen und konsequenten Strukturwandel in Gesellschaft, Wirtschaft und Industrie. Fossile Brennstoffe wie Kohle, Öl und Gas dürfen dann nur noch verwendet werden, wenn ihre Emissionen nachhaltig ausgeglichen werden können.

Hans-Otto Pörtner ist Biologe und Ko-Vorsitzender der Arbeitsgruppe des Weltklimarates IPCC zu Klimaanpassung und Klimawandelfolgen.

Oekom e.V./European Climate Foundation (Hrsg.):
Kursbuch Kohleausstieg. Szenarien für den Strukturwandel.
Politische Ökologie 149
Oekom Verlag, München 2017
144 Seiten, 17,95 Euro
ISBN 978-3-86581-849-2
Deutschland war Vorreiter mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz. Deutschland ist Nachzügler beim Kohleausstieg. Deshalb ist es erfreulich, wenn der mehr als überfällige Ausstieg aus der Braunkohle im „Kursbuch Kohleausstieg“ im Mittelpunkt steht. Eine Vielzahl von Beiträgen beleuchtet dabei unterschiedlichste Perspektiven. Das Leben vor Ort in den Abbaugebieten wird ebenso behandelt wie die Strukturpolitik, die angesagt ist, um den Übergang zu einer postfossilen Wirtschaft und Gesellschaft sozialverträglich zu gestalten. Die Folgekosten kommen genauso in den Blick wie die übergreifende Einbettung des deutschen Kohleausstiegs in die internationale Energiewende. Die Lektüre ist zusammen mit dem movum-Heft „Ressourcen und Macht“ (3/2016) zu empfehlen.

Jan Gehl:
Städte für Menschen. Stadtplanung nach menschlichem Maß
Jovis Verlag, Berlin 2015
304 Seiten, 32 Euro
ISBN 978-3-86859-356-3
Der Architekt und Stadtplaner Jan Gehl gibt hier seine jahrzehntelange Erfahrung in der Gestaltung von Städten nach menschlichem Maß weiter. An vielen Beispielen zeigt er, wie sich reine Verkehrstrassen in vielfältig gestaltete öffentliche Räume verwandeln lassen. Er erläutert die Bedeutung von Plätzen und die Gestaltung von Stadtvierteln entsprechend seinem Grundsatz: Der Stadtraum muss mit der Geschwindigkeit von Fußgängern und Radfahrenden erlebt werden. Diese Perspektive ordnet die derzeit im Vordergrund stehenden technischen Entwicklungen anders ein. Das Buch ist allen zu empfehlen, die sich für die anstehende Mobilitätswende als Teil der sozial-ökologischen Transformation interessieren und dafür aktiv sind.

Elisabeth Wehling: Politisches Framing.
Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht. Halem Verlag, Köln 2016
224 Seiten, 21 Euro ISBN 978-3-86962-208-8 Worte sind nicht einfach nur Worte. Begriffe sind vielmehr gedankliche Deutungsrahmen, Frames genannt. Sie aktivieren das menschliche Gehirn, „indem sie Informationen im Verhältnis zu unseren körperlichen Erfahrungen und unserem abgespeicherten Wissen über die Welt einordnen“. Sie dienen zur Orientierung, Bewertung und Interpretation. Mit anschaulichen Beispielen, fundiert mit Forschungsergebnissen aus unterschiedlichen Disziplinen, zeigt Wehling, dass Frames auf das Handeln einwirken. Zwar machen Fakten politische Frames nicht unwirksam. Aber rein auf Fakten ausgerichtete Strategien ohne Frames, die positiv die eigenen Werte vermitteln, sind bedeutungslos. Was zunächst eher abstrakt klingen mag, ist deshalb für alle, die sich für eine gerechte und verträgliche Transformation zur Nachhaltigkeit einsetzen, eine Pflichtlektüre.

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ DEUTSCHLAND

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ist mit über 500.000 Mitgliedern und UnterstützerInnen der große Umweltverband Deutschlands. Seit 40 Jahren engagiert er sich erfolgreich für mehr Klimaschutz, gesunde Lebensmittel, eine bäuerliche Landwirtschaft, artgerechte Tierhaltung und für den Schutz der Natur. Der BUND denkt über den Tag hinaus – was vor allem seine große Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ unterstreicht, die er zusammen mit Brot für die Welt und Evangelischem Entwicklungsdienst herausgegeben hat. Der Verband ist mit 16 Landesverbänden und über 2.000 Orts- und Kreisgruppen im ganzen Land aktiv und erreichbar. Der BUND ist Mitglied des mit über 70 Organisationen weltweit größten Umweltnetzwerks Friends of the Earth.

www.bund.net

Die Herausgeber (BUND, Deutsche Umweltstiftung, EuroNatur, FÖS, NaturFreunde und Die Transformateure) und andere Akteure der Transformation stellen sich an dieser Stelle im Wechsel vor.

„DIE GERINGSCHÄTZUNG DER ZUKUNFT IST DAS GRÖSSTE PROBLEM DER POLITIK“

Bundesaußenminister Sigmar Gabriel über den Ausstieg der USA aus dem Weltklimaabkommen, eine neue „Weltinnenpolitik“ und darüber, wie Deutschland armen Staaten bei der Klimaanpassung helfen will.

Interview: MICHAEL MÜLLER

Foto: Benjamin von Brackel

Herr Gabriel, was haben Sie gedacht, als Sie US-Präsident Donald Trump dabei zugehört haben, wie er im Rosengarten des Weißen Hauses den Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen verkündet hat?

Sigmar Gabriel: Das hatte sich ja schon angedeutet. Trotzdem hat mich die Entscheidung erschreckt. Ich war ja zwischen 2005 und 2009 Umweltminister und habe die vielen enttäuschenden Klimakonferenzen noch gut in Erinnerung, die immer an der Blockade der USA unter ihrem Präsidenten George W. Bush gescheitert sind. Dann kam unter Präsident Obama endlich der Durchbruch, der ja vor allem einer Sache ein Ende bereitet hat: dass sich jede Menge anderer Staaten hinter den USA versteckt haben. Natürlich besteht jetzt die Gefahr, dass sich das alles wiederholt. Aber auch für die USA selbst ist der Ausstieg aus dem Klimaschutz ökologisch unverantwortlich und ökonomisch falsch.

Der Schritt kann also für die USA zum Bumerang werden?

Die Vereinigten Staaten schaden damit sich selbst, uns Europäern und allen anderen Völkern der Welt. Wer den Klimawandel nicht bekämpft, wird nicht nur mit den Folgen immer härterer Unwetter, Dürren und Überflutungen zu tun bekommen, sondern verhindert auch wirtschaftliches Wachstum und technischen Fortschritt. Die Weltgemeinschaft darf sich deshalb dadurch nicht beeindrucken lassen. Und vergessen wir nicht: Auch in den USA gibt es eine Reihe von Bundesstaaten, Kommunen und Unternehmen, die eine Vorreiterrolle in der Klimapolitik eingenommen haben. Wir alle stehen zum Paris-Abkommen.

Kann die Außenpolitik zur „Weltinnenpolitik“ werden, wie es Willy Brandt, der frühere Vorsitzende der Nord-Süd-Kommission der UN, gefordert hat?

Das war ein fast schon visionärer Satz von Willy Brandt. Er schrieb 1980, wir bräuchten eine Politik, die „über den Horizont von Kirchtürmen, aber auch über nationale Grenzen weit hinausreicht“. Ich glaube, so weit sind wir heute schon – wenn vielleicht auch anders, als es sich Willy Brandt gewünscht hätte. Fast jede nationale Entscheidung hat heute auch eine außenpolitische Komponente. Die alte Unterscheidung zwischen Außenpolitik und Innenpolitik ist überholt. Anders gesagt: Ein nationaler Steinschlag kann eine internationale Lawine auslösen. Denken Sie an den Arabischen Frühling, der mit einem Gemüsehändler in Tunesien begann, der sich aus Protest gegen Polizeiwillkür angezündet hat. Noch heute spüren wir die Auswirkungen der Protestwelle, die das ausgelöst hat.

Gerade deswegen brauchen wir eine weltoffene, auf Dialog ausgerichtete Politik. Wir brauchen Zusammenarbeit statt Abschottung in nationalen Grenzen, wie wir sie zurzeit in vielen Ländern beobachten müssen – nicht nur in den USA.

Was muss geschehen, um das globale Governance-System so zu stärken, dass die sozialen und ökologischen Sicherheitsrisiken verringert werden? Welche Reformen sind in den Vereinten Nationen notwendig?

Wir wissen alle, dass wir einen grundlegend neuen Ansatz brauchen, um eine stabile und nachhaltige Weltordnung zu schaffen. Mit den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung, den Sustainable Development Goals, haben wir ein vielversprechendes Instrument in der Hand, mit dem wir ökologische, soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit schaffen können. Dazu sind sicher auch Reformen bei den Vereinten Nationen erforderlich. Die packt der neue Generalsekretär António Guterres beherzt an und wir unterstützen ihn dabei. Entscheidend sind aber die Anstrengungen der Staaten und vor allem der gesamten Volkswirtschaften mit allen Akteuren, denn die Dimension der notwendigen Transformation ist gigantisch. Mit den UN-Zielen wurde ein freiwilliger und ehrgeiziger Ansatz mit regelmäßigen Berichten zu den erreichten Fortschritten gewählt. Das halte ich für erfolgversprechend.

Sie selbst haben als Umweltminister und als Außenminister Erfahrungen in der Klimadiplomatie gesammelt. Warum kommen wir, wenn überhaupt, nur langsam voran?

Ich habe als Umweltminister an vorderster Front miterlebt, wie mühsam es ist, für Klimaschutz zu werben. Leider ist Politik manchmal kurzsichtig: Die Geringschätzung der Zukunft ist das wohl größte Problem der Politik und von uns Menschen ganz generell. Wir haben für alles, was heute ist und was gestern war, einen Preis, eine Messgröße, einen Maßstab. Aber für die Zukunft in der Regel nicht.

Dabei muss man gerade im Klimaschutz in Jahrzehnten statt in Jahren denken ...

Deshalb übrigens war die Idee eines Emissionshandelssystems so gut. Denn das System hat der Zukunft einen Preis gegeben: den Preis, den man zahlen muss, wenn man den knappen Raum in unserer Atmosphäre für Treibhausgase noch nutzen will. Und dieser Preis muss steigen, je knapper der Raum in Zukunft wird. Aber gerade im Klimaschutz braucht man einen langen Atem und muss in Zeiträumen von Jahrzehnten denken. Das fällt uns manchmal schwer.

Trotzdem haben wir einiges erreicht. Heute ist es – außerhalb des Weißen Hauses – weitgehend Konsens, dass die innovativsten und wachstumsstärksten Märkte im Bereich der erneuerbaren Energien liegen. Dass China sich so ehrgeizige Ziele im Klimaschutz setzt, wäre vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen. Und die Pariser Übereinkunft ist trotz des Austritts der USA immer noch einer der größten diplomatischen Erfolge der letzten Jahre. Ich finde, trotz vieler Rückschläge haben wir immer wieder auch deutliche Schritte nach vorne gemacht. Wir werden trotz des Ausstiegs der USA diesen Weg weitergehen.

Foto: SPD Aud. Leipzig/Flickr, CC BY-NC-ND 2.0, https://www.flickr.com/photos/spd-aud/16431259391

Kann die deutsche Außenpolitik ein Motor für den internationalen Klimaschutz sein?

Klimaschutz ist natürlich auch ein außenpolitisches Thema. Schon heute sehen wir die Folgen steigender Temperaturen und heftiger Dürreperioden. Wenn wir den Klimawandel nicht stoppen, werden die Wüsten weiter anwachsen, es wird Konflikte und womöglich Bürgerkriege um Wasser geben und es wird massive Migrationsströme geben. Deswegen ist Klimapolitik auch Friedenspolitik. Das braucht den Einsatz aller Ressorts, natürlich auch des Auswärtigen Amts.

Was tun die diplomatischen Vertretungen dafür?

Die deutsche Diplomatie hat großen Anteil daran, dass nach dem gescheiterten Gipfel 2009 in Kopenhagen dann doch noch ein globales Klimaabkommen zustande gekommen ist. Dafür war viel Überzeugungsarbeit nötig, die wir gemeinsam mit unseren EU-Partnern geleistet haben. Das wird auch jetzt wieder notwendig sein, denn nach dem Ausstieg der USA müssen wir die anderen Staaten an Bord halten und im Übrigen möglichst viel dafür tun, dass die Vereinigten Staaten in einigen Jahren zurückkehren. Dabei kommt auch unseren Botschaften eine wichtige Rolle zu, die in allen Staaten der Welt Diskussionen darüber anstoßen, warum wir Klimaschutz brauchen und warum frühes Engagement auch wirtschaftlich vorteilhaft ist.

Der WBGU, ein Beratungsgremium der Bundesregierung, hat in einem Gutachten herausgearbeitet, wie der Klimawandel die internationale Sicherheit bedroht, vor allem durch Migration, Nahrungsmittelknappheit, Verschlechterung der Süßwasserressourcen und Wetterextreme. Ist unser Land, ist die EU hinreichend auf diese Gefahren vorbereitet?

Das Gutachten war ein wichtiger Anstoß, um die Klimaschutzdebatte in der Außenpolitik zu verankern. Seitdem ist der Klimawandel auch zum Thema der EU-Außenminister, der G7-Außenminister und des UN-Sicherheitsrats geworden. Trotzdem: Das gewachsene Bewusstsein für die außenpolitischen Folgen des Klimawandels allein genügt nicht, wir müssen uns auch besser auf sie einstellen. Hier gibt es sicherlich noch viel zu tun: sei es in der engeren Zusammenarbeit zwischen Ministerien, sei es die Arbeit an gemeinsamen Risikoeinschätzungen oder bei der Klimaresilienz von friedenserhaltenden Maßnahmen.

Plädieren Sie für europäische oder deutsche Sonderprogramme, die vor allem schwache Staaten etwa in Afrika schützen, die vom Klimawandel besonders bedroht sind?

Der Klimawandel trifft nicht nur viele Staaten in Afrika, aber er trifft sie als erstes und er trifft sie am härtesten. Länder, in denen ohnehin das Wasser knapp ist und die wirtschaftlich schwächer sind, haben auch weniger Möglichkeiten, sich gegen den Klimawandel zu wappnen. Deswegen unterstützen wir besonders diese Länder beim Kampf gegen den Klimawandel.

Deutschland hat zum Beispiel letztes Jahr gemeinsam mit Marokko eine Partnerschaftsinitiative ins Leben gerufen, die Entwicklungsländer bei der Realisierung ihrer nationalen Klimabeiträge unterstützt. Die G7-Staaten haben unter deutscher Präsidentschaft Unterstützung für die Africa Renewable Energy Initiative zugesichert, die Afrika energietechnisch fit für die Zukunft machen soll. Wir unterstützen außerdem einige Entwicklungsländer dabei, ihre Widerstandskraft gegen höhere Temperaturen zu verbessern.

Das alles machen wir, weil wir wissen, dass Ländern mit einer starken Wirtschaft wie Deutschland eine besondere Verantwortung zukommt. Diese Verantwortung nehmen wir wahr.

DER SCHUTZ DER NATUR – DER SIEBTE PRÄLIMINARARTIKEL ZUM EWIGEN FRIEDEN

Text: MICHAEL MÜLLER UND HUBERT WEIGER

Im Jahr 1795 definierte Immanuel Kant in seiner Altersschrift „Zum ewigen Frieden“ die Grundbedingungen einer Friedenspolitik, die bis heute eine weltgeschichtliche Aktualität hat. Frieden sei kein natürlicher Zustand. Geleitet von Vernunft und Gerechtigkeit müsse er gestiftet werden als Ziel der menschlichen Geschichte. Kant wählte für das Völkerrecht die Form eines Vertrages, der eine strikte Verbindlichkeit zwischenstaatlicher Abkommen vorsieht. Die Gewährung des Friedens sei eine Sache der Politik, die die Moral beachten müsse. Das dadurch entstandene republikanische Recht dürfe auf keinen Fall gebrochen werden: *„Das Recht der Menschen muss heiliggehalten werden.“*

Kant hat seine Vorstellungen, die in der Charta der Vereinten Nationen verankert sind, in sechs sogenannte Präliminarartikel und drei Definitivartikel gefasst. Sie sollen rechtsverbindlich feststellen, was Frieden ausmacht, was Frieden erfordert oder was den Frieden gefährdet. Heute müssen sie, wie der Philosoph Volker Gerhardt feststellt, in der Problembeschreibung und damit auch in den Konsequenzen erweitert werden.

Aus unserer Sicht gehört unbedingt ein siebter Artikel dazu, der die Anforderungen an den Umgang mit der Natur beschreibt, damit es nicht zu Not, Krieg und letztlich zur ökologischen Selbstvernichtung der Menschheit kommt: *„Kein Staat darf sich der Aufgabe entziehen, die natürlichen Lebensgrundlagen, die eigenen wie die dritter, dauerhaft zu schützen, im Interesse heutiger und künftiger Generationen.“*

Willy Brandt nannte das die Pflicht zur „umweltgerechten Entwicklung“. Unsere Welt bleibt nur bewohnbar, wenn der Wirkungsraum und die Gestaltungskraft der Politik gegen die Macht von Wirtschaft und Industrie gestärkt werden. In der Geschichte der Menschheit waren klimatische Gründe immer wieder eine Ursache für Kriege und Völkerwanderungen. So im 4. bis 6. Jahrhundert, als die Germanen nach Südrussland, auf den Balkan und in den Mittelmeerraum zogen. Oder die Besiedlung Islands und Grönlands durch die Wikinger. Auch die „Kleine Eiszeit“ von 1500 bis 1850 löste große Hungersnöte aus und führte zu Aufständen. So zogen 1789, im Jahr der französischen Revolution, verarmte und unterernährte Bauern durch das Land und schürten in Paris die Stimmung.

> *Frieden ist nicht einfach da, wenn sich der Lärm der Waffen gelegt hat. Frieden kann nicht allein als Nicht-Krieg definiert werden.*

Heute sind die Folgen des Klimawandels – vor allem Trockenheit, Hitzeperioden, Wirbelstürme oder Überschwemmungen – ungleich größer und gefährlicher. Wir müssen die Beschaffenheit des internationalen Rechtssystems hinterfragen, das eine Gewalt erlaubt, die sich in der schnell zusammenwachsenden und ungleichen Welt gegen alle richtet. Die Treibhausgase, die wir in der Atmosphäre anreichern, haben katastrophale Folgen für das Leben auf unserem Planeten.

Für den früheren UN-Generalsekretär Ban Ki Moon war der anthropogene Klimawandel eine entscheidende Ursache des brutalen Bürgerkrieges in Darfur in Südsudan, der zwischen 2003 und 2008 über 300.000 Menschen das Leben gekostet und 2,5 Millionen aus ihrer Heimat vertrieben hat. Durch Wüstenbildung und Bodenerosion waren seit den 1980er Jahren in der Region die Anbauflächen und das Weideland stark zurückgegangen. Die Folgen waren große Not und massive Verteilungskonflikte.

Deshalb müssen wir „Frieden“ weiter fassen. Er ist nicht einfach da, wenn sich der Lärm der Waffen gelegt hat. Frieden kann nicht allein als Nicht-Krieg definiert werden. Wir leben im Frieden und sind dennoch Zeuge einer Gewalt, die ganze Erdregionen nahezu unbewohnbar macht. Die Frage ist: Wie viel erträgt er noch, unser ramponierter Planet? Durch die vom Menschen verursachte Erderwärmung wachsen die Wüsten, schmelzen die Polkappen, steigt der Meeresspiegel, nehmen Wetterextreme zu. Wir dürfen dem Sterben unseres Planeten nicht zuschauen, sondern müssen Verantwortung übernehmen, um das zu bewahren, was uns anvertraut ist.

Die natürlichen Ressourcen sind endlich und begrenzt. Eine sozial-ökologische Transformation erfordert eine Politik, die nicht am Stammtisch Platz nimmt, sondern sich am Notwendigen orientiert, mehr Gestaltungsspielraum gewinnt und Verantwortung übernimmt – im eigenen Land wie international. Klimaschutz ist Friedenspolitik, und Friedenspolitik muss auch Klimaschutz sein. Die UN-Klimakonferenz COP 23, die im Dezember 2017 in Bonn stattfinden wird, muss mit der Zielsetzung des Paris-Vertrages, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, endlich Ernst machen.

DER KLIMAWANDEL IST EIN MULTIPLIKATOR VON KLIMAKRISEN

Text: REIMUND SCHWARZE

Die Wissenschaft ist sich einig: Mit dem Klimawandel nehmen Naturgefahren weltweit zu. Sie kommen langsam fortschreitend wie der Meeresspiegelanstieg in den Küstenregionen oder akut als Dürren in Gebieten mit Wasserknappheit. Ob die zunehmenden Naturgefahren zu Katastrophen oder sogar Kriegen führen, hängt vom Menschen ab.

Die Zusammenhänge von Naturgefahren und Krisen in der Gesellschaft sind bis heute unzureichend erforscht. Nahrungsmittel- und Wasserknappheit führen nicht automatisch zu sozialen Konflikten, Gewalt im Inneren und Klimaflucht. Harald Welzer hat in seinem Buch „Klimakriege“ anschaulich gezeigt, dass die Wahrscheinlichkeit von Mangelkrisen im Klimawandel zunimmt, aber dass erst die Veränderung der Wahrnehmung von Kriegen und Flucht als vermeintliche Problemlösungen im Klimawandel

> *Flüchten kann zur Lösung der Klimakrise beitragen*

zu gesellschaftlichen Krisen führen. Erst wenn Völkermord und Banditentum als Lösungen von Mangelkrisen wie in Ruanda oder Sudan allgemein hingenommen werden, wachsen sie sich zu einem Problem von Vertreibung und Flucht aus.

Foto: 19094 | Pixabay - www.pixabay.com/de/19094/

ABSCHOTTUNG DER FALSCHE WEG

Es zeigt sich immer wieder, dass die Folgen des Klimawandels in Kombination mit gesellschaftlichen Konflikten auftreten. Das US-Verteidigungsministerium spricht deshalb von Klimawandel als „Multiplikator“ von Sicherheitsrisiken in der Weltgemeinschaft. Die Antwort des Pentagon und der Trump-Regierung, sich abzuschotten und Zäune zu errichten statt international zu helfen, reproduziert aber genau das Denkmuster, das in Ländern wie Ruanda und Sudan die gesellschaftlichen Ursachen von Kriegen und Flucht auslöst: die Abgrenzung in kleinen Überlebensgemeinschaften und die Konkurrenz aller gegen aller. Wer nationale Egoismen und Gewalt als Lösung propagiert, erzeugt die gesellschaftliche Ursache von Klimakrisen. So weit ist sich die sozialwissenschaftliche Klimaforschung ebenso einig.

Wie aber kommt man zum Klimafrieden? Zuerst, indem die Weltgemeinschaft das Problem des menschengemachten Klimawandels anerkennt und sich gemeinschaftlich verpflichtet, die Ursachen der Erderwärmung, sprich die Treibhausgas-Emissionen, zu begrenzen. Das ist der Geist des Pariser Klimaabkommens. Jeder und alle sollen das Mögliche dazu beitragen.

Doch das hat Grenzen. Deshalb geht es in der internationalen Zusammenarbeit auch um die Bewältigung der jetzt bereits unvermeidlichen Klimafolgen, und zwar nicht nur durch Anpassung im technischen Sinne, also zum Beispiel um den Bau von Deichen und Wasserspeichern in Entwicklungsländern, sondern auch um die Verhinderung der sozialgeschichtlichen Ursachen von Klimakriegen und Klimaflucht. Deshalb ist eine Verzahnung der Klimapolitik mit den Weltkonferenzen zur Katastrophenvorsorge und dem Sendai-Rahmenabkommen und mit anderen internationalen humanitären Prozessen so wichtig.

KATASTROPHENVORSORGE EINBINDEN

Das Sendai-Rahmenabkommen zur Abwehr von Katastrophenrisiken wurde auf der dritten Weltkonferenz zur Katastrophenvorsorge im japanischen Sendai im März 2015 angenommen. Darin verpflichten sich die 195 Staaten der Vereinten Nationen zum ersten Mal, die Auswirkungen von Naturkatastrophen durch Maßnahmen wie Aufklärung, Frühwarnung und finanzielle Hilfsprogramme im Krisenfall substanziell zu verringern. Ausdrücklich heißt es: „Die Anpassung an den Klimawandel als einem Treiber von Katastrophenrisiken stellt eine wichtige Möglichkeit zur Katastrophenvorsorge dar.“

Das Abkommen ist auch deshalb wichtig, weil das System des „Knowing and Showing“ durch einheitliche Berichtspflichten der Unterzeichnerstaaten unterfüttert wird und mit klaren, anspruchsvollen Zielvorgaben verbunden ist. Etwa mit dem Ziel, die Zahl der Todesfälle und Verletzten sowie die volkswirtschaftlichen Verluste durch Naturkatastrophen im Zeitraum von 2020 bis 2030 „deutlich“ unter die Zahlen aus früheren Dekaden zu senken.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen rund um den Pariser Klimavertrag kommen wir schließlich nicht umhin, Klimaflucht in gewissen Umfang auch als Teil einer Lösung der Klimakrise zu verstehen – aber das muss im Geiste der Weltgemeinschaft geschehen, nicht in der Form nationaler Egoismen.

Reimund Schwarze ist Professor für Umweltökonomie und Klimaexperte am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) in Leipzig.

ÜBERLEBEN IN DER SÜDSEE – WIE KLIMASCHUTZ BEI DER FRIEDENSSICHERUNG HILFT

Text: SABINE MINNINGER

Die Zahlen alarmieren: 26 Millionen Menschen, das entspricht der Einwohnerzahl Mosambiks, werden jedes Jahr durch Naturkatastrophen zurück in die Armut gestoßen, so die Ergebnisse einer Weltbank-Studie. Rechnet man diese Zahlen hoch auf die eine Milliarde Menschen, denen es in den letzten 15 Jahren gelungen ist, der Armut zu entkommen, dann hätten ohne Naturkatastrophen theoretisch 390 Millionen mehr Menschen aus Armut befreit werden können.

Die Fragilität nimmt zu. Der Klimawandel ist zum größten Risikofaktor für das Erreichen der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung, der Sustainable Development Goals (SDGs), geworden. Während Schadenshäufigkeit und -ausmaß von nicht klimabezogenen Naturkatastrophen wie Vulkanausbrüchen oder Erdbeben im langjährigen Mittel kaum schwanken, haben Häufigkeit und Intensität klima- und wetterbezogener sowie hydrologischer Katastrophen spätestens seit den 1990er Jahren deutlich zugenommen – und mit ihnen Schäden und Verluste.

> *22 Millionen Menschen verloren 2013 durch Stürme, Erdbeben und Schlammlawinen ihre Heimat– dreimal so viele wie durch Kriege.*

Laut einer Studie des Norwegischen Flüchtlingsrates verloren im Jahr 2013 über 22 Millionen Menschen ihre Heimat durch Stürme, Erdbeben, Schlammlawinen – dreimal so viel wie durch kriegerische Konflikte. Der Klimawandel richtet längst größere Schäden an als Bomben und Bürgerkriege.

Die nicht ökonomischen Verluste von Biodiversität, Ressourcenzugang, Sicherheit, Heimat, Identität wirken ebenso entwicklungshemmend. Im Zusammenspiel mit Bevölkerungsdruck, schwacher Staatlichkeit und ethnisch oder religiös motivierten Konflikten können sie zu wichtigen Treibern von Gewaltkonflikten und Migration werden.

26 QUADRATKILOMETER IM OFFENEN MEER

Tuvalu gehört, was den Klimawandel betrifft, weltweit zu den verletzlichsten Staaten. Besonders der Meeresspiegelanstieg, verbunden mit extrem hohen Wellen und immer schwereren Stürmen, bedrohen den südpazifischen Inselstaat in seiner Existenz. Das Staatsgebiet umfasst nur 26 Quadratkilometer Landfläche, im Durchschnitt liegt das Land lediglich zwei Meter über dem Meeresspiegel, der höchste Punkt der Insel-Atolle erreicht nur vier Meter.

Der verheerendste Wirbelsturm der letzten Jahre, Zyklon „Pam“ im Jahr 2005, hat bereits sechs Meter hohe Flutwellen mit sich gebracht, die Atolle komplett überschwemmt haben. Der Finanzminister und Vizepremier von Tuvalu, Maatia Toafa, ist sich bewusst, welches Glück sein Land hatte, dass „Pam“ keine Menschenleben gefordert hat.

Die Prioritäten sind im Inselstaat gesetzt. Sandsäcke und Betonbarrieren gibt es bereits, um die Küsten vor der Erosion durch die Gezeiten zu schützen. Neue Landflächen wurden sehr aufwendig geschaffen, in dem mit Pumpen Sand vom Meeresgrund der Lagune zum Auffüllen des Atolls eingesetzt wurde. Die dörflichen Siedlungen sollen insgesamt mithilfe der Sandauffüllungen höher gelegt werden.

Wäre es angesichts des Aufwands, mit dem Wissen über die Risiken des Klimawandels nicht auch eine Überlegung, einen Umsiedlungsprozess anzugehen, wie ihn der Inselstaat Kiribati plant?

„UMSIEDELN WÄRE DAS FALSCHE SIGNAL“

„Auf gar keinen Fall siedeln wir um“, gibt Toafa zu verstehen. „Wenn der Staat Tuvalu untergeht, dann gehen wir mit Tuvalu unter, es wird kein Tuvalu II auf einem anderen Staatsgebiet geben. Was Tuvalu ausmacht, ist das Land, sind die Menschen, die Kultur und die Sprache – das lässt sich nicht umsiedeln“. Die Drastik dieser Worte erklärt der Finanzminister mit dem tief verwurzelten Glauben der Bevölkerung von Tuvalu.

Auch wenn Toafa eine kollektive Migration ablehnt, unterstützen er und die Regierung jedoch individuelle Umsiedlungsbemühungen. „Wir unterstützen jeden, der gehen will – die Entscheidung muss aber jeder für sich treffen, der Staat selbst wird nicht umsiedeln.“

Aber wäre es nicht besser, wenn alle geschlossen umziehen, statt dass jeder einzelne für sich eine neue Heimat sucht, verstreut in der Welt? „Im Moment ziehen wir die Diaspora vor, wir sind nicht bereit, Tuvalu aufzugeben“, erklärt der Finanzminister mit Nachdruck. „Das wäre das falsche Signal an die internationale Staatengemeinschaft, dass sie sich für Tuvalu nicht mehr anstrengen müssen – dann müssen sie sich auch für die Welt nicht mehr anstrengen. Tuvalu zu schützen bedeutet, auch den Planeten zu schützen.“

Premierminister Enele Sopoaga bestätigt im diplomatischen Ton die Regierungsposition. Er hat in New York bei der UN-Generalsversammlung 2016 die Regierungen aufgerufen, alles zu tun, damit das Pariser Klimaabkommen schnellstmöglich und anspruchsvoll in die Tat umgesetzt wird. Die Existenz Tuvalus sei davon abhängig. Das Ziel müsse sein, die globale Erwärmung unter 1,5 Grad Celsius zu halten und Tuvalu bestmöglich an den Klimawandel anzupassen, gibt Sapoaga zu verstehen. Die zentrale Botschaft lautet, dass Tuvalu gerettet werden muss, an ein Aufgeben sei nicht zu denken.

Foto: Thomas Venker/Brot für die Welt

RECHT AUF MIGRATION

Die Frage, ob man Tuvalu umsiedeln sollte, beantwortet der Regierungschef bisher nicht. Er merkt aber an, dass ein völkerrechtlicher Rahmen für die Menschen geschaffen werden muss, die klimabedingt keine andere Wahl haben, als ihre Heimat zu verlassen. Für diese Menschen müsse die internationale Staatengemeinschaft gerechte Lösungen finden. Aber eine Migration bleibe eine persönliche Entscheidung; jeder, der Migrationspläne habe, solle dabei unterstützt werden, aber das habe nichts mit dem Klimawandel zu tun, sondern mit dem Recht, sich frei zu bewegen.

Eine Argumentationslinie, die Bikenibeu Paeniu teilt. Paeniu, der seit 1990 bereits dreimal zum Staatsoberhaupt des Landes gewählt wurde und heute ein UN-Projekt zu Migration und Klimawandel im Pazifik leitet, fordert einen rechtlichen Rahmen. So bedürfe es einer internationalen Konvention, die den Betroffenen des Klimawandels das Recht zur Migration einräumt.

Das bilaterale Migrationsabkommen PAC mit Neuseeland, das oft angeführt wird, greift nach Paenius Ansicht viel zu kurz. Nur unter 40-Jährige, die gut ausgebildet sind und eine ausgezeichnete Gesundheit haben, dürften nach Neuseeland umsiedeln. Diabetes oder ein hoher Blutdruck seien bereits Grund genug, einen Einwanderungsantrag abzulehnen. Das entspreche wohl kaum dem Völkerrecht, das nun geschaffen werden müsse, um den von Klimawandel besonders Betroffenen gerecht zu werden.

> *Reverend Lusama Tafue: „Migration in Würde gibt es nicht“*

Der Staat Tuvalu selbst bereitet seine Bevölkerung auf eine individuelle Migration durch staatlich geförderte Gesundheits- und Bildungsprogramme vor, damit sie im schlimmsten Fall auch in einer neuen Heimat ein Chance haben.

Auch Reverend Lusama Tafue von der Kirche Tuvalus sieht die Schwierigkeiten einer klimabedingten Migration. Er zweifelt am Konzept einer „Migration in Würde“, das der frühere Präsident von Kiribati, Anote Tong, vertreten hatte. „Die Menschen werden durch den Klimawandel gezwungen ihre Heimat zu verlassen, das kann man nicht würdevoll gestalten.“ Tafue fügt hinzu: „Wir müssen aber dafür sorgen, dass zumindest internationales Völkerrecht für eine klimaerzwungene Migration geschaffen wird, denn wir wollen auf gar keinen Fall rechtlose Klimaflüchtlinge sein!“

Für den schlimmsten Fall, dass die Einwohner von Tuvalu ihre Heimat verlieren, wäre eine Umsiedlung innerhalb des Südpazifiks am ehesten denkbar – gestützt durch internationales Völkerrecht und finanziert durch die Industrieländer, die den Klimawandel verursacht haben. Tafue zufolge will die Mehrheit jedoch nicht weg.

Zum Beispiel der 28 Jahre alte Seemann Paeniu Lopati. Er lebt auf dem Atoll Funafala und braucht keine Wissenschaft, die ihm den Klimawandel verdeutlicht. Bereits zwei Nachbaratolle sind im Ozean versunken, Vasafua und Pukasavilivili. Auch die Korallenbleiche sowie die schwindenden Fischgründe gehen für ihn ganz klar auf das Konto des Klimawandels, ebenso die beständige Küstenerosion an dem Atoll, auf dem er mit fünf Familien, insgesamt 18 Personen, lebt. Aber an Aufgeben sei nicht denken, äußert auch er sich entschieden. Wenn der gefährliche Klimawandel nicht eingedämmt wird, habe Tuvalu laut Wissenschaft noch 50 Jahre, bis es im Ozean versinkt, erklärt Lopati. Jede einzelne Minute will er bis dahin in seinem Paradies genießen.

Sabine Minninger ist Referentin für Klimapolitik bei Brot für die Welt und verfolgt seit 2008 die UN-Klimaverhandlungen.

Fotos: Benjamin von Brackel

„TRUMP HAT EINE HEILSAME SCHOCKWELLE GESCHICKT“

Der Inselstaat Fidschi hat die Präsidentschaft des nächsten Weltklimagipfels inne. Landwirtschaftsminister Inia Seruiratu erklärt, warum der Ausstieg der USA aus dem Paris-Vertrag auch sein Gutes hat, warum er auf Klimaanpassung setzt und Fidschi der Klimarisikoversicherung nicht beitritt.

Interview: BENJAMIN VON BRACKEL

Herr Seruiratu, Donald Trump hat verkündet, aus dem Pariser Klimaabkommen auszusteigen. Was ändert sich jetzt an Ihrer Planung für die Weltklimakonferenz COP 23 im November?

Inia Seruiratu: Wir sind natürlich tief enttäuscht von der kurzsichtigen Entscheidung der Trump-Regierung, aus dem Paris-Abkommen auszusteigen. Der Rückzug der Staatsführung der USA ist bedauerlich, und es ist jetzt klar, wie wichtig die COP 23 im Hinblick auf eine weltweite Anstrengung sein wird, das Abkommen aufrechtzuerhalten und zu verbessern. Allerdings hat die Entscheidung von Trump keine direkte Auswirkung auf unsere Vorbereitungen. Der Rest der Welt steht unveränderlich hinter dem Paris-Abkommen.

Obwohl unser Premierminister alles tat, was er konnte, um Präsident Trump zu bewegen, im Kanu zu bleiben, wussten wir, dass dieser Ausgang möglich ist. Uns war von Anfang an klar, dass wir uns nicht auf die Führung und Unterstützung der USA verlassen können. Deshalb hat sich jetzt für uns nichts geändert.

Können Sie der Entscheidung auch etwas Gutes abgewinnen?

Tatsächlich war die weltweite Antwort auf die Ankündigung des US-Präsidenten unglaublich ermutigend. Trump hat eine Schockwelle durch das System geschickt, die – so sieht es derzeit aus – die Entschlossenheit aller Beteiligten im Klimaschutz rund um die Welt verdoppelt hat. Nationen und Staatengruppen wie China, die EU, Frankreich, Kanada, Indien und Mexiko bewegen sich alle vorwärts. Und selbst innerhalb der USA verbünden sich Gouverneure und Bürgermeister mit dem Privatsektor, der Zivilgesellschaft und gewöhnlichen Bürgern, um den Schwung aufrechtzuerhalten. Als "*Climate Champion"* der UN freue ich mich, Schulter an Schulter mit ihnen zu stehen.

Was ist das wichtigste Anliegen, das Sie im November in Bonn voranbringen wollen?

Wir wollen das Paris-Abkommen erhalten und weiterentwickeln. Wir wollen die Widerstandsfähigkeit der besonders verletzlichen Nationen gegen den Klimawandel verstärken. Und wir wollen eine breite Koalition zwischen Regierungen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und dem Privatsektor schmieden, um den Klimaschutz zu beschleunigen.

Und um was geht es Ihnen persönlich?

Für mich als Landwirtschafts- und Meeresminister ist die Anpassung an den Klimawandel sehr wichtig. Einer meiner wichtigsten Aufgaben ist es, den Gemeinden zu helfen, sich besser gegen den steigenden Meeresspiegel und gegen Naturkatastrophen zu wappnen, die durch den Klimawandel immer heftiger werden. Auf dem Klimagipfel müssen wir Modelle entwickeln, um den Privatsektor für Investitionen in Klimaanpassung zu interessieren.

Warum ist die Anpassung so wichtig für Fidschi?

Vergangenes Jahr wurde Fidschi vom Zyklon „Winston“ getroffen – der stärkste Wirbelsturm, der in der südlichen Hemisphäre auf Land traf. Er kostete 44 Menschenleben, Tausende Familien verloren ihr Zuhause und ein Drittel unseres Bruttoinlandsprodukts wurde aus den Büchern ausradiert. Deshalb ist es so dringend, die Klimaanpassung in den Verhandlungen voranzubringen.

Was muss sich ändern, damit Fidschi einen besseren Zugang zum Grünen Klimafonds oder dem Anpassungsfonds bekommt?

Bisher ist es sehr beschwerlich, an die Gelder heranzukommen. Und es geht nur mit Partnern wie der Asiatischen Entwicklungsbank. Fidschi ist gerade dabei, eine Akkreditierung für seine Entwicklungsbank beim Grünen Klimafonds zu bekommen, um einen direkteren Zugang zum Fonds zu bekommen. Was wir vor allem anderen brauchen, ist Unterstützung, um gute Projekte zu entwerfen, sowie Technologiestudien zur Untermauerung.

Viele Dörfer auf den Fidschi-Inseln wollen umsiedeln, aber die Regierung gibt ihnen kein grünes Licht. Was ist das Problem? Haben Sie nicht genug Geld für die Umsiedlungen?

Die Regierung wartet nicht. Wir sind dabei, die dringendsten Fälle zu bearbeiten. Zweifellos werden wir Unterstützung benötigen, um der wachsenden Notwendigkeit für diese Umsiedlungen nachzukommen; aber das hält uns nicht davon ab, selbst etwas zu tun.

Allerdings sollte auch anerkannt werden, dass Umsiedlungen immer nur der letzte Ausweg sind, und zwar wegen des sozialen und kulturellen Bruchs, den es in den Gemeinden geben kann. Zurzeit arbeitet die Regierung an einem Leitfaden, um sicherzustellen, dass jede Umsiedlung auch nachhaltig ist.

Warum ist Fidschi nicht der Klimarisikoversicherung der G7-Staaten beigetreten, der sogenannten InsuResilience?

Es gibt drei oder vier Initiativen, bei denen wir gefragt wurden, ob wir dazugehören wollen. Wir prüfen gerade, was für uns im Pazifik am besten funktioniert. Aber im Fall von InsuResilience muss man klar sagen, dass es eigentlich keine Versicherung ist. Das heißt: Es ist für die Länder nicht möglich, sich gegen Klimaschäden zu versichern, indem sie Mitglied werden.

Landwirtschaftsminister Inia Seruiratu ist „Climate Champion“ des Staates Fidschi für den UN-Klimagipfel im November 2017 in Bonn.

„JETZT IST ALLES DURCHEINANDER“

Die Bewohner Fidschis können sich nicht mehr auf Regen-, Trocken- und Zyklonzeiten verlassen

Text: BENJAMIN VON BRACKEL

Ein Dorf in den Bergen im Nordwesten von Viti Levu, der größten Insel des kleinen Pazifikstaates Fidschi. Schweißperlen rinnen den Menschen in der Sonne von den Gesichtern, aber in der Holzhütte von Ela Lotawa ist es angenehm kühl. Den Raum, in dem sie Spinat, Maniok und Fleisch serviert, trennt nur ein Vorhang vom Schlafbereich, wo ihr Mann nach der Feldarbeit gerade ein Nickerchen einlegt.

Eigentlich könnte ihr Ort Abaca ein wahres Paradies sein. Aus den offenen Türen sieht man einen Hahn vorbeistaksen, Kinder rennen lachend vorbei, Wasser plätschert von irgendwoher, dichtes Grün überzieht die Berghänge. Hier müssen sich die Dorfbewohner nicht der Hektik, dem Lärm und Gestank der Städte ausliefern, sie müssen sich nicht um Rechnungen kümmern, sondern können auf dem fruchtbaren Boden anbauen, was sie zum Leben brauchen. „Jeder in diesem Dorf hat seine Rolle“, sagt Lotawa. Frauen waschen, kochen und verkaufen die Früchte und das Gemüse auf dem Markt. Männer gehen jagen und auf die Felder.

Eingeschlagen in dieses kleine Paradies hat allerdings der Wirbelsturm „Winston“. 2016 hat er die Inseln verwüstet. Lotawa nennt ihn nur „den Winston“. Bevor er über das Dorf zog, habe sie alle Wäsche, alle Kinder, Hühner und Hunde in ihre Hütte geschafft und Türen, Fenster und Dach mit einem Seil umbunden. Am nächsten Tag lag alles wild verteilt in der Gegend, Kleidung, Bäume, Äste, Hausteile. Ein Haus hatte es weggeweht; eine ganze Familie lebt heute in einem blauen Zelt mit der Aufschrift China Aid.

Alle Felder waren zerstört, auf denen sie Maniok und anderes angebaut hatten. Eine ganze Saison lang gaben die Felder ihnen keine Nahrung mehr. Ohnehin ist der Anbau seit ein paar Jahren immer schwieriger geworden: Die Inselbewohner können sich nicht mehr auf die Wettermuster verlassen – die Trockenzeit, die Regenzeit. „Wir konnten all das viele Jahrhunderte vorhersagen“, sagt Lotawa. „Jetzt ist alles durcheinander.“

Das Problem sei vor allem der Regen – wenn er nach langer Dürrezeit plötzlich und heftig herunterkommt und die Feldpflanzen zerstört. Aber auch die Monate, in denen normalerweise Stürme auftauchen, sind nicht mehr eindeutig, sagt Ela Lotawa. „Auch die Wirbelstürme kommen nun in der falschen Zeit.“

EIN KLIMA FÜR MEHR TERROR

Zunehmende Wetterextreme stärken Gruppen wie den IS oder Boko Haram und führen zu einem Teufelskreis von Not und gewaltsamen Konflikten.

Text: JOACHIM WILLE

Der Klimawandel verstärkt Wetterextreme, verschlechtert die Nahrungsmittelsicherheit und kann so Mitauslöser von Flüchtlingsströmen sein. Doch es gibt ein weiteres Risiko, das bisher wenig beachtet wird. Der Klimawandel vergrößert auch die Gefahr, dass terroristische Gruppen wie der sogenannte Islamische Staat oder Boko Haram entstehen und an Einfluss gewinnen. Das zeigt eine Untersuchung, die der Berliner Thinktank Adelphi im Auftrag des Auswärtigen Amts erarbeitet hat. Die Adelphi-Experten empfehlen daher, Klimaschutz, Entwicklungshilfe, Terrorbekämpfung und Missionen zur Konfliktlösung politisch nicht isoliert zu betreiben, sondern sie in eine gemeinsame Strategie einzubetten.

Laut der Studie gibt es gerade in besonders klimasensiblen Regionen wie am Tschadsee in Zentralafrika, in Syrien, Afghanistan und Guatemala einen Anstieg des Terrorismus. Adelphi-Autor Lukas Rüttinger warnt vor einem „Teufelskreis“. Die Erderwärmung verstärke nicht nur die bestehenden Probleme wie Ressourcenknappheit, Bevölkerungswachstum und Urbanisierung, sondern bereite damit besonders in instabilen Ländern auch den Boden für gewaltsame Konflikte und Terrorismus. Dadurch verschlechterten sich wiederum die Möglichkeiten, Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu treffen.

Seit der Industrialisierung ist die mittlere Erdtemperatur um rund ein Grad angestiegen. Ohne aktive Klimaschutzmaßnahmen, wie sie der Pariser Klimavertrag fordert, droht bis zum Jahr 2100 allerdings eine Erwärmung um drei bis vier Grad. Gerade in Afrika und im Nahen Osten ist die Temperaturerhöhung deutlich überdurchschnittlich.

Die Erderwärmung führt bereits heute dazu, dass Dürren, Überschwemmungen und andere Extremwetter-Ereignisse häufiger auftreten als in früheren Jahrzehnten. Besonders in Staaten mit schwachen Regierungen, etwa in Zentralafrika oder im Nahen Osten, gefährdet das die Lebensgrundlagen von Menschen zusätzlich.

Die betroffenen Gruppen werden laut dem Adelphi-Bericht dadurch anfälliger für die Rekrutierung durch Terroristen, die auch wirtschaftliche Anreize bieten und ein besseres Leben versprechen. Man könne zwar nicht sagen, dass der Klimawandel Terrorismus erzeuge, so die Experten, allerdings erzeuge er eine Umwelt, in der Terroristen leichter operieren könnten.

Wo staatliche Stellen bei der Versorgung der Bevölkerung etwa mit genügend Trinkwasser und Nahrung scheitern, versuchen laut den Adelphi-Experten immer öfter terroristische Gruppen diese Lücke zu füllen. Dadurch entzögen sie den Regierungen die Legitimation noch weiter. Und: Je knapper die Ressourcen, desto mehr Macht komme den Terrorgruppen zu.

Syrien gehört zu den klimasensiblen Regionen der Erde - gerade hier tobt einer der gewaltsamsten Kriege der letzten Jahrzehnte: Das ist kein Zufall.

Foto: 300dpi.org | Flickr - www.flickr.com/photos/300dpi/sets/72157594594455/

Als Beispiel nennt der Bericht die Situation am Tschadsee, wo derzeit mehrere Millionen Menschen von Dürre, Hunger und Krieg bedroht sind. Der Klimawandel habe hier die Konkurrenz um die knappen Wasser- und Land-Ressourcen verstärkt – mit der Folge von sozialen Spannungen, Gewaltausbrüchen, steigender Armut und Arbeitslosigkeit. Gerade in diesem Umfeld habe dort Boko Haram entstehen können.

Im Auswärtigen Amt heißt es in Reaktion auf die Studie, es sei wichtig, in „ganzheitliche Konfliktlösungen“ zu investieren. Peter Fischer, Beauftragter für Energie- und Klimapolitik und Exportkontrolle in dem Ministerium, kommentierte: Instabilität und Unruhen seien auf der ganzen Welt im Vormarsch, und der Klimawandel begünstige diese Entwicklung. „Wir müssen daher schon zu Beginn der Konfliktspirale die Risiken des Klimawandels antizipieren und Präventionsmaßnahmen treffen“, sagte Fischer. Laut der Studie ist dabei besonders die Anpassung der lokalen Landwirtschaft in den armen Ländern an die Folgen der steigenden Temperaturen von Bedeutung.

MIT SONNENENERGIE GEGEN DIE KRISE

In Nahost und Nordafrika sind viele mit Öl reich geworden. Nun ist die Region mit am stärksten vom Klimawandel betroffen – und muss umdenken.

Text: VERENA KERN

Mitte Mai, kurz vor dem enttäuschenden G7-Gipfel auf Sizilien, richtete die Allianz der besonders vom Klimawandel betroffenen Länder auf der Klima-Frühjahrskonferenz in Bonn einen dringlichen Appell an die Weltöffentlichkeit. „Das 1,5-Grad-Limit einzuhalten ist eine Frage des Überlebens für uns“, erklärten die Staaten des Climate Vulnerable Forum (CVF). Während die G7-Länder, blockiert durch US-Präsident Donald Trump, keine gemeinsame Position zum Klimaschutz zustande brachten, bekräftigten die CVF-Staaten ihr Ziel, „so schnell wie möglich“ zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien umzusteigen.

Zu dem Forum gehören mittlerweile 48 Staaten, vor allem afrikanische Länder südlich der Sahara sowie kleine Inselstaaten, die durch den Anstieg des Meeresspiegels in ihrer Existenz bedroht sind. Eine Region ist indes kaum vertreten: der Nahe Osten und Nordafrika. Nur drei der rund zwanzig Länder sind Teil der Allianz: Libanon, Jemen und Marokko.

Dabei gehört die Region, was den Klimawandel angeht, nach neueren Untersuchungen zu den am stärksten bedrohten Weltgegenden. Das trifft nun ausgerechnet viele Länder, in denen zumindest ein Teil der Bevölkerung durch einen „Top-Klimakiller“ reich geworden ist – durch Erdöl. Nun werden dort die Folgen der Verbrennung fossiler Energien zum Problem. Seit 1970 hat sich die Zahl der Tage mit extremer Hitze laut Studien verdoppelt. In den kommenden Jahrzehnten können die Mittagstemperaturen auf 50 Grad steigen und viele Gegenden unbewohnbar machen.

Längere Hitzewellen und Dürreperioden führen auch zu mehr Sandstürmen. Im Irak beispielsweise geschieht dies heute schon alle drei Tage, künftig wird es täglich dazu kommen. Die Konzentration von Wüstenstaub in der Luft hat sich in den letzten Jahren um 70 Prozent erhöht. „Die Existenz der Bewohner der Region ist in Gefahr“, fassen Forscher ihre Befunde zusammen. Klimaflucht und noch mehr bewaffnete Konflikte können die Folge sein.

Foto: Benjamin von Brackel

In der Wüstenstadt Ouarzazate im Süden Marokkos entsteht derzeit das größte Solarkraftwerks-Feld der Welt.

Die Studienergebnisse machen klar: Ein Umsteuern ist dringend nötig. Selbst das größte Ölland der Region, Saudi-Arabien, hat das inzwischen verstanden und beginnt, in Erneuerbare zu investieren, um künftig nicht mehr vollständig von fossilen Energien abhängig zu sein. Schon in fünf Jahren will das Land zehn Prozent seines Stroms aus regenerativen Quellen beziehen. Die angestrebte Transformation, so sagt es der saudische Energieminister, sei so einschneidend wie die Entdeckung von Erdöl in den 1930er Jahren.

Am meisten Tempo macht ein Mitgliedsstaat des Climate Vulnerable Forum: Marokko. In der Wüstenstadt Ouarzazate im Süden des Landes entsteht gerade das größte Solarkraftwerks-Feld der Welt. Ein 160-Megawatt-Solarpark ist bereits ans Netz gegangen. Weitere und noch größere Parks sollen folgen. Auch Solarturmkraftwerke werden errichtet. Tausende im Kreis angeordnete Spiegel bündeln dabei die Sonnenstrahlen auf einen Punkt an der Spitze des Turms, wo sich ein Sonnenkollektor befindet. Bei der Technologie ist der Wirkungsgrad besonders hoch, aber auch der Wartungsaufwand.

Marokko hat viel aufzuholen. Bislang setzt das Land noch überwiegend auf fossile Energieträger, neben Öl auch Erdgas und Kohle. Nach offiziellen Zahlen lieferten die Erneuerbaren 2015 erst 15 Prozent des Stroms. Dabei hatte die Sonnenenergie in dem so sonnenreichen Land sogar den geringsten Anteil, nämlich bloß 0,02 Prozentpunkte, der weitaus größte Teil entfiel auf Wasserkraftwerke.

2,2 Milliarden Euro soll das Wüstensolarprojekt kosten. Deutschland steuert rund 830 Millionen an Krediten bei. Damit die Energiewende nicht nur in der Wüste stattfindet, sondern auch im Alltagsleben der Bevölkerung, ist zudem der Bau von 600 „grünen Moscheen“ geplant, die ihre Energie aus erneuerbaren Quellen gewinnen und besonders energieeffizient gebaut sind – und die lokale Wertschöpfung erhöhen.

BÄUME PFLANZEN GEGEN DEN MASSENEXODUS

Ausgelaugte Böden und Hitzewellen treiben Kleinbauern in Westafrika in den Ruin. Gärtner Barnabé N'Da kämpft in Benin gegen die Verwüstung seiner Heimat, denn schon heute müssen viele Bauern ihr Land verlassen.

Text: SUSANNE GÖTZE

Steht die Sonne im Zenit, herrscht in Atakora eine unbarmherzige Hitze von 45 Grad im Schatten. Während der Trockenzeit weht ein heißer Wind über die ausgedörrten Felder und die rötlichen Wege, an denen kahle Sträucher und einige Affenbrotbäume wachsen. Nichts verspricht ein wenig Abkühlung, es gibt weder Seen noch Flüsse, in denen man sich erfrischen, oder gar klimatisierte Häuser, in die man sich verkriechen könnte.

Mehrere Monate dauert das große Schwitzen in Benin. Die Dörfer der Region Atakora liegen rund 700 Kilometer nördlich der Atlantikküste, nicht weit von der Grenze zu Burkina Faso und Niger und damit zur Sahara.

Nach der langen Reise durch eine erdfarbene Landschaft und Dörfer aus kleinen Lehmhäuschen wirkt das Grundstück von Barnabé N'Da wie eine Fata Morgana. Der Umwelttechniker hat um sein Land in der Größe zweier Fußballfelder einen Baumgürtel gepflanzt. „Willkommen in meiner Oase", sagt N'Da. Die Hitze ist hier nicht ganz so drückend und die Luft gar nicht mehr staubig. „Bäume verändern alles, sie sind der Schlüssel für unser Überleben", meint N'Da. Er hat die Baumschule mit nichts weniger als dem Ziel aufgebaut, seine Heimat wieder aufzuforsten.

„NUR NOCH SAND UND STEINE"

„Ohne Bäume werden die Böden der Region weiter versanden, die Wüste wird sich weiter in unser Land fressen und die Bauern werden irgendwann aufgeben", ist sich der Gründer der Baumschule sicher. Es gehe um mehr als „nur" Umweltschutz. Es gehe um das Überleben der Menschen, die hier seit Jahrtausenden siedeln, und um ein Ökosystem, das kurz davor ist zu kollabieren.

Seit Jahrzehnten holzen die Klein- und Großbauern in der Region den Waldbestand ab. Viel ist nicht mehr übrig außer vereinzelten Baumgrüppchen zwischen den Feldern und steppenartigen Weidelandschaften. Die Folgen dieser hausgemachten Umweltkatastrophe sind starke Winde, die den fruchtbaren Boden abtragen, und ein verändertes Mikroklima, das für noch heißeres und trockeneres Wetter sorgt. „Seit die Bäume weg sind, ziehen die Regenwolken einfach weiter", sagt Baumschulen-Betreiber N'Da.

„Wir haben es hier mit einer gefährlichen Mixtur aus mehreren Faktoren zu tun", meint auch der Agraringenieur Amadji Firmin, der seit 30 Jahren in Benin für staatliche Programme und Nichtregierungsorganisationen forscht. „Viele Bauern haben Land gerodet, weil sie es für den Anbau von Baumwolle brauchen – der einzige große Exportzweig in Benin." Der bewässerungsintensive Anbau benötige auch noch viele Pestizide und Herbizide.

Hinzu kommt laut Firmin, dass sich die Bevölkerung Benins in 20 Jahren verdoppelt hat. „An vielen Orten bestehen unsere Böden nur noch aus porösem Sandboden mit einigen Steinen – so ein Boden kann kein Wasser mehr speichern und enthält keine Mineralien", so der Agraringenieur. Seit zwei Jahrzehnten addieren sich zu diesen Problemen nun auch die Folgen des Klimawandels: „Die Jahreszeiten sind unregelmäßig und in der Regenzeit kommt es zu Trockenperioden, in denen es einfach für ein paar Wochen gar nicht regnet – was für die Ernte fatal ist."

In einem Dorf rund 400 Kilometer westlich der Heimatregion von Barnabé N'Da klagen die Einwohner über massive Ernteeinbußen. Statt der üblichen drei Tonnen fahren sie nur noch knapp eine Tonne Mais pro Jahr ein, klagt ein Bauer und Familienvater von fünf Kindern.

„Das führt zu Streit um die letzten fruchtbaren Böden", berichtet ein Gemeindevertreter der Region Gougounou, nördlich der Stadt Parakou. Es gebe immer mehr Gewaltopfer – der Druck auf die Familien steige. Viele junge Leute würden ihre Familien verlassen, um sich als Taxifahrer in den Städten zu verdingen, andere versuchten in Nachbarstaaten oder in Europa ihr Glück.

ERFOLGE SCHON MIT EINFACHEN MITTELN

„Die Bauern bekommen von uns Ratschläge, wie sie ihren Boden wieder fruchtbar machen können", erklärt Firmin, der zusammen mit lokalen Nichtregierungsorganisationen und der deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) Agrarreferenten schult.

Foto: Susanne Götze

Eine Oase in im Hitzewahnsinn: Mit der Baumschule will Besitzer Barnabé N'Da gegen Dürren, Tornados und Verwüstung kämpfen.

„Der Aufbau der Humusschicht dauert – aber wir können mit einfachen Mitteln große Erfolge erzielen", berichtet der Agraringenieur. Zum Beispiel mit Hülsenfrüchten wie Straucherbsen, die auch in der Trockenzeit noch grüne Blätter haben. Sie geben dem Boden wichtige Mineralien zurück und zusätzlich kann man ihre Früchte ernten.

Auch Baumschulenbesitzer N'Da versucht, den Bauern zu helfen. Allerdings ist es nicht immer einfach zu erklären, warum das Bäumepflanzen helfen soll. „Oft tragen sie essbare Früchte und spenden Schatten, und die herabfallenden Blätter geben dem Boden Mineralien zurück." Wer in dem grünen Garten von Barnabé N'Da sitzt, versteht das sofort. Trotzdem ist der Nutzen von Bäumen für viele Bauern nicht ersichtlich, denn die Wirkung stellt sich erst nach Jahren, oft nach Jahrzehnten ein.

Auch bei der Umstellung auf andere Sorten sind viele Bauern naturgemäß skeptisch und wollen alte Traditionen lieber nicht aufgeben. Oft setze erst dann ein Umdenken ein, so Baumschulbesitzer N'Da, wenn es beim Nachbarn sichtbare Erfolge bei der Ernte gibt.

NACHRICHTEN

Tödliche Erdölabhängigkeit

Der Zusammenhang zwischen den Konflikten im Nahen Osten und der Energie- und Rohstoffpolitik der Industriestaaten wird ignoriert. Darauf hat die österreichische Nahostexpertin und Investigativjournalistin Petra Ramsauer hingewiesen. Damit Syrien und der Irak wieder Frieden und Stabilität finden können und die internationale Terrorgefahr zurückgeht, genüge es nicht, nur Symptome statt der Wurzeln der Konflikte zu bekämpfen, sagte Ramsauer dem Sender RBB. Die internationalen Großmächte hätten im Nahen Osten für demografisch und wirtschaftlich schwache Staaten gesorgt, um nach dem Prinzip „divide et impera" möglichst freien Zugang zu Erdöl und anderen Rohstoffen zu haben. Gerade die EU versage nun angesichts der daraus erwachsenden Verantwortung.

Foto: Arne Hückelmann | Wikimedia Commons

Nord-Süd-Klimagelder in Gefahr

Nach dem Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen ist auch die globale Klimafinanzierung gefährdet. Davor hat die Entwicklungsorganisation Oxfam gewarnt. Zwar sind die USA weiterhin Mitglied der UN-Klimarahmenkonvention und damit zu den Zahlungen verpflichtet, mit denen sich arme Länder an die schlimmsten Folgen des Klimawandels anpassen und selbst eine Energiewende einleiten sollen. Doch die Trump-Regierung hat im Entwurf für ihren ersten Haushalt alle Zahlungen für internationale Verpflichtungen auf Null gesetzt. Sollten die USA zum Beispiel nichts mehr an den „Grünen Klimafonds" der UN zahlen, würden dort zwei von drei Milliarden US-Dollar fehlen, die das Land zugesagt hat. Allerdings sind laut Oxfam auch andere Länder sehr zögerlich mit den Einzahlungen.

Foto: Chen Siyuan | Wikimedia Commons

Erdgipfel-Bilanz nach 25 Jahren

1992 verabschiedeten die UN-Staaten auf dem „Erdgipfel" im brasilianischen Rio de Janeiro zwei Weltkonventionen zum Schutz des Klimas und der Artenvielfalt und eine „Agenda 21" für eine globale nachhaltige Entwicklung. Entwicklungsexperten zogen jetzt nach genau 25 Jahren eine ernüchternde Bilanz. Mit der 1994 gegründeten Welthandelsorganisation WTO und der folgenden Turbo-Globalisierung hätten die reichen Länder das Rio-Versprechen platzen lassen, sagte Wolfgang Sachs vom Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie. Immerhin beschlossen die Staaten 2015 neue UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung. Anders als 1992 seien Wirtschaft, Soziales und Umwelt nun besser verknüpft, betonte der Chef des UN-Entwicklungsprogramms Achim Steiner.

Töpfer: Energiewende bringt Frieden

Nur eine konsequente Klimapolitik kann die Flüchtlingsbewegungen nach Europa langfristig stoppen. Davon ist der frühere Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) überzeugt. Ohne weltweite Energiewende und einen Nord-Süd-Ausgleich werde es „extrem schwer werden, die Wohlstandsinsel Europa langfristig zu sichern", sagte Töpfer, der viele Jahre das UN-Umweltprogramm Unep leitete, der österreichischen Nachrichtenagentur PTE. „Nur wenn wir den Menschen in den von Armut und Krieg betroffenen Regionen das Signal geben können, dass sie eine Zukunft und Perspektiven in ihrem eigenen Land haben, werden wir die Krise meistern." Auch Deutschland tue noch zu wenig. „Wir brauchen einen sozial abgesicherten, regional balancierten Ausstieg aus der Braunkohle."

IMPRESSUM

Herausgeber:
Reiner Hoffmann, Vorsitzender, Deutscher Gewerkschaftsbund
Prof. Dr. Kai Niebert, Präsident, Deutscher Naturschutzring e.V.
Damian Ludewig, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.
Michael Müller, Vorsitzender, NaturFreunde Deutschlands e.V.
Christel Schroeder, *Lutz Ribbe*, EuroNatur Stiftung
Jörg Sommer, Vorstandsvorsitzender, Deutsche Umweltstiftung
Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender, BUND e.V.
Dr. Martin Held, Gesprächskreis Die Transformateure – Akteure der Großen Transformation

Redaktion:
Chefredaktion: *Dr. Susanne Götze*, *Joachim Wille (V.i.S.d.P.)*
Redakteure: *Sandra Kirchner*

Projekt Forum Transformation
DIESES PROJEKT WURDE GEFÖRDERT VON:

Layout
Adrien Tasic, Gestaltung
Infografik:
Prof. Dr. Kai Niebert, Universität Zürich
Kalischdesign.de

Verlag:
movum erscheint im Naturfreunde-Verlag Freizeit und Wandern GmbH
Warschauer Str. 58a+59a, 10243 Berlin,
Tel.: +49 (0)30 29773260
www.naturfreunde.de
Geschäftsführer: *Hans-Gerd Marian*

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg, HR-Nr.: HRB 118470 B.
Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos.
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste sowie Vervielfältigung auf Datenträgern nur nach Genehmigung des Verlages.

movum liegt exklusiv, regelmäßig und kostenlos der Fachzeitschrift politische ökologie des oekom verlags bei.

Auflage: Mantel: 10.000 Exemplare, Plakatbeilage: 11.000

Die movum-Ausgaben können Sie kostenlos bestellen:
bestellung@naturfreunde-verlag.de

oder per Post: Naturfreunde-Verlag Freizeit und Wandern GmbH
Warschauer Str. 58 a + 59 a, 10243 Berlin

Debatten zu den Themen dieser Ausgabe unter: www.Briefe-zur-Transformation.de

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den AutorInnen.

VERANSTALTUNGEN

Debatten zu den Themen dieser Ausgabe unter: www.Briefe-zur-Transformation.de

10. bis 11. Juli 2017
Tagung „Große Transformation und die Medien – Alternativen zum Wachstum als Leitbild der Kommunikation"
Evangelische Akademie zu Berlin
www.eaberlin.de/seminars

28. August bis 1. September 2017
Sommerakademie „Nach dem Wachstum: Postwachstum im Spannungsfeld transformativer Wirkung und gesellschaftlicher Anschlussfähigkeit"
Akademie für Suffizienz, Reckenthin (Brandenburg)
www.voeoe.de

9. bis 17. September 2017
Veranstaltungsreihe „Wandelwoche Berlin-Brandenburg 2017"
www.wandelwoche.org

4. bis 8. Oktober 2017
VÖW-Herbstakademie „Chancen und Risiken der Digitalisierung für eine sozial-ökologische Gesellschaft". Gesellschaft für berufsbildende Maßnahmen, Berlin
www.nachhaltige-digitalisierung.de